

Kein Platz für Nazis 2
BVV-Erklärung zum NPD-Parteitag

Rollberge - Siedlung 3
GSW-Mieter im Stich gelassen?

Viel heiße Luft - wenig Substanz Rot-Schwarze Haushaltsrealität in Berlin

Im November letzten Jahres beschloss die Koalition aus SPD und CDU ihre Koalitionsvereinbarung. Inhaltlich wird dort wenig Substantielles geboten, vieles aus rot-roter Regierungszeit fortgeführt. Aber es soll auch neue Schwerpunkte geben.

Politisches Wunschdenken misst sich aber an der finanziellen Umsetzbarkeit, am Haushalt des Landes Berlin. Einen Entwurf hat Rot-Schwarz nun vorgelegt.

WiR sprach mit der haushaltspolitischen Sprecherin der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus Dr. Manuela Schmidt.

Der Haushaltsentwurf 2012/13 des Senats liegt nun vor, was ist Dein erster Eindruck?

Dass die falschen Prioritäten gesetzt werden, erkennt man schon daran, dass der Senat sich als Allererstes vier zusätzliche Staatssekretäre gönnt. Das macht im Gesamthaushalt nicht allzuviel aus, aber es zeigt die Verlogenheit: Sparen sollen die anderen.

Dieser Haushalt - das zeigt schon die erste Durchsicht - bildet weder ab, was die Stadt braucht, noch ist er solide.

Entwurf ohne Schwerpunkte

Wenigstens hätte man nach der schwammigen Koalitionsvereinbarung erwarten sollen, dass der Senat im Haushaltsentwurf Farbe bekennt, welche Schwerpunkte er denn nun wirklich setzt. Auch diese Minimalforderung wurde nicht erfüllt. Manches Versprechen aus der Koalitionsvereinbarung findet sich gar nicht wieder; bei einigem streitet sich der Senat schon, was damit gemeint ist. Manches entpuppt sich als heiße Luft, vieles bleibt unklar.

Hast Du Beispiele?

Zum Beispiel Bezirke: Von den vollmundigen Ankündigungen, hier weniger Personal sparen zu wollen und 50 Mio. Euro zusätzlich zur Verfügung zu stellen, findet sich im Haushaltsentwurf gar nichts.

Uneinigkeit im Senat

Zum Beispiel Kita: Da streitet sich der Senat am Tage der Beschlussfassung über den Haushalt bereits darüber, was denn der großartig verkündete Ausbau der Kitaplätze wirklich bedeutet. Die Jugendsenatorin sagt, mit den 20 Mio. Euro in zwei Jahren sollen neue Plätze geschaffen werden, während der Finanzsenator öffentlich widerspricht und verkündet, dass aus den 20 Mio. auch der laufende Betrieb der neuen Plätze finanziert werden soll. Beides reicht schon nicht aus, aber der Unterschied ist durchaus erheblich.

Und zum Vergleich: unter Rot-Rot wurden in den letzten zwei Jahren über 100 Mio. Euro in die Kitagebäude investiert und in den letzten vier Jahren über 150 Mio. Euro mehr für die Betreuung ausgegeben.

Großes Problem wird ignoriert

Zum Beispiel Wohnungspolitik: Da hat ja die Koalition auch einiges angekündigt: Wohnungsbau, mehr öffentliche Wohnungen. Das alles kostet selbstverständlich Geld, viel Geld. Nichts davon findet sich im Haushalt und auch sonst nichts, womit etwas gegen absehbare Mietsteigerungen und Verdrängung unternommen werden könnte.

Worauf wird sich denn DIE LINKE in den Haushaltsberatungen besonders konzentrieren?

Wir werden dafür streiten, dass nicht Geld für überbewertete Prestigeprojekte ausgegeben wird und dass

nicht bei den Ärmsten – etwa bei der Vermeidung von Zwangsumzügen – gespart wird. Wir wollen wirklich einen Schwerpunkt auf Investitionen in bessere Bildung setzen.

Nur verschoben?

Und wir werden es dem Senat auch nicht durchgehen lassen, wenn er versucht, Bürgerinnen und Bürger und das Parlament zu beschummeln. Wie er es etwa in der Wirtschaftsförderung versucht, wo er sich damit brüstet, mehr Geld dafür zur Verfügung zu stellen, in Wirklichkeit aber das Geld nur von einem in einen anderen Topf verschiebt und dabei auch noch kürzt.

Vielen Dank, Manuela. Wir wünschen viel Erfolg.



Dr. Manuela Schmidt ist Sprecherin für Haushalt und Bezirke der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus





Kein Platz für Neonazismus, Rassismus und Antisemitismus in Reinickendorf!

Der Kelch ging gerade noch an Reinickendorf vorbei. Nach zwei Bundesparteitag 2007 und 2009 wollte die NPD am 4. Februar 2012 ihren Landesparteitag ursprünglich wieder in unserem Bezirk, in einem Restaurant in der Residenzstraße, durchführen. Unter dem Motto „**NPD? NO WAY!**“ rief der Verband der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschisten (VVN-BdA), unterstützt u.a. von der Berliner LINKEN und solid Berlin, zum

Foto: Lutz Dühr
An der KaBoN



Protest gegen den NPD-Parteitag auf. Nach Absage durch den Wirt waren die Neonazis gezwungen, sich in ihre Landeszentrale nach Köpenick zurückzuziehen.

Bezirksamt, BVV-Vorsteher und die Fraktionen der BVV hatten in einem gemeinsamen Aufruf erklärt: „Die NPD ist keine demokratische Partei. Sie

verfolgt unverhohlenen rassistische, antisemitische und antidemokratische Ziele ... Demokratie braucht Schutz vor denen, die sie abschaffen wollen! Das ist die Aufgabe aller Bürgerinnen und Bürger! Deshalb begrüßen wir es, dass Reinickendorferinnen und Reinickendorfer friedlich gegen die NPD demonstrieren werden.“

„Die Reinickendorfer LINKE stellt sich voll und ganz hinter diesen Aufruf“, unterstrich ihr Bezirksvorsitzender Felix Lederle. Die LINKE hatte am 27. Januar, dem Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus, gemeinsam mit der VVN-BdA an der Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik der faschistischen Euthanasieopfer gedacht und an der Ehrung von Opfern des Holocaust im Rathaus teilgenommen.

Bezirksbürgermeister Balzer erklärte dort: „Gedenken ist wichtig, weil wir uns immer wieder bewusst machen müssen, wohin Menschenverachtung, wohin Antisemitismus und Rassismus führen. Gedenken ruft uns auf, wachsam zu sein“.

Klaus Gloede

BVV-Splitter

3. Sitzung, 14.12.2011

Nach einer Erklärung von BVV-Vorsteher Dr. Lühmann (für CDU) gedenken die Bezirksverordneten und Gäste der Opfer der rechtsextremistischen Gewalt. Eine von allen Fraktionen eingebrachte Resolution (Drs.-Nr. 0055/XIX) wird angenommen.

Die BVV vervollständigt die Bildung ihrer Ausschüsse, indem die Vorschläge der Fraktionen für die Bürgerdeputierten bzw. stellv. BD bestätigt werden. Besonderes Interesse verdient die Zusammensetzung des erstmals gebildeten Integrationsausschusses.

Die Bezirksstadträte Lambert (CDU) und Brockhausen (SPD) und Sprecher der Fraktionen werten in ihren Antworten auf die **Einwohnerfrage** von Nicolas Leroy, Mitglied der LINKEN, die Aussagen in der Koalitionsvereinbarung von SPD und CDU zur **Nachnutzung des Flughafens Tegel** im Hinblick auf die Interessen Reinickendorfs als positiv.

Die BVV beschließt auf Antrag von CDU/B90 die Bildung eines „temporären Ausschusses für transparente und moderne **Öffentlichkeitsarbeit der Bezirksverordnetenversammlung**“. Die fünf Mitglieder des Ausschusses sollen bis spätestens 30.9.2012 der BVV Vorschläge unterbreiten (Drs.-Nr.: 0016/XIX-02).

4. Sitzung, 11.1.2012

Mündliche Anfragen betreffen u.a. eine mögliche künftige Fluglärmbelastung im Norden Berlins, die Gründe für die Fällung des Weihnachtsbaumes in Alt-Tegel am 24. Dezember. Laut Schulstadträtin Schultze-Berndt (CDU) gibt es in Reinickendorfer Schulen genügend Plätze für Asylbewerberkinder, die eine besondere Förderung in Deutsch brauchen.

Die Piraten laufen mit einem **Dringlichkeitsantrag** ins Leere. BVV-Vorsteher Lühmann hatte den „Temporären Ausschuss“, der für transparente und moderne Öffentlichkeitsarbeit der BVV sorgen soll, zu einer *nicht-öffentlichen* konstituierenden Sitzung eingeladen. Das wurde im Ältestenrat durch Lühmann als Fehler bezeichnet und korrigiert. So erweist sich der Antrag, die Sitzungen öffentlich zu machen, als überflüssig, zumal lt. GO der BVV alle Ausschüsse in der Regel öffentlich tagen.

Baustadtrat Lambert informiert in zwei **Großen Anfragen** über Straßenbaumaßnahmen im Bezirk, u. a. in der Ruppiner Chaussee.

Friedrich Wilhelm

Lehrer fordern: Handeln, nicht reden!

Die Schulstadträtin war ahnungslos. Sie sei „aus allen Wolken gefallen“, bekannte sie im Schulausschuss der BVV. Das Kollegium der Hermann-Schulz-Grundschule hatte sich am 19. Januar 2012 mit einem Brief an die Öffentlichkeit gewandt. Der Schule sind in den vergangenen Monaten 16 Roma-Kinder aus Rumänien und Bulgarien zugewiesen worden, die kein Deutsch sprechen.

Auf die Situation im Oktober aufmerksam machend, wurde die Schule vom zuständigen Schulamt beschwert: „Wir müssen mal schauen“. Seitdem hatte sich nichts getan.

Die schulpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus, Regina Kittler, nahm mit der Schule Kontakt auf und verlangte von der Bildungssenatorin, Sandra Scheeres (SPD), die Schulen mit ihren Problemen nicht allein zu lassen.

Die Senatorin besuchte die Hermann-Schulz-, die Reineke-Fuchs- und die Mark-Twain-Grundschulen in Reinickendorf-West und sicherte ihnen Hilfe zu. Im Schulausschuss wurde berichtet, dass an den Schulen temporäre Sprachfördergruppen eingerichtet werden. Endlich.

K.G.

Mehr Infos unter:
www.linksfraktion-berlin.de/uploads/media/Nr055-schule-24012012.pdf

Mehr Information zur Politik in Reinickendorf, der Arbeit der BVV und der LINKEN Reinickendorf unter:
www.die-linke-reinickendorf.de/kommunales

Ich meine...

Seit November 2011 ist das Hansa-Haus in Kühlungsborn verkauft, und der Bezirk hat sich einer Möglichkeit beraubt, eine Erholungs- und außerschulische Bildungsstätte zugunsten sozial schwacher Reinickendorfer Jugendlicher und deren Familien zur Verfügung zu haben.

Die Koch-Planungsgruppe hat dieses Filetstück direkt an der Ostsee für einen Betrag, der über 5 Mill. Euro liegen soll, erworben, um

dort Luxus-Appartements zu errichten. Das Land Berlin und der Bezirk profitieren davon, und so haben die Verantwortlichen im Bezirk ihr soziales Gewissen zu Lasten derer, die auf solche Einrichtungen angewiesen sind, ausgeschaltet.

Schon der Alte Fritz sagte im Jahr 1747 zu einem seiner Höflinge: „Ach, d'Ärgens, besieht man's recht, ist das menschliche Geschlecht, nichts als gierig, dumm und schlecht“.

Marion Kheir

Rollberge - Probleme noch ungelöst

Mängel nicht beseitigt, DIE LINKE unterstützt Mieter

Schimmel an den Wänden, undichte Fenster, kalte leerstehende Nachbarwohnungen, falsche Betriebskostenabrechnungen - dies sind nur einige der gravierenden Mängel, unter denen die Mieter der Rollberge-Siedlung in Waidmannslust seit Jahren leiden.

Viel versprochen, nichts passiert

Der Vermieter, die ehemals landeseigene GSW, kümmert sich nur schleppend um die berechtigten Beschwerden der Mieter. Vor etwa drei Jahren bildete sich daher eine Mieterinitiative und auch die Politik (alle Parteien) versprach, auf die GSW einzuwirken - es war gerade Wahlkampf 2009. Der Runde Tisch bei Bezirksbürgermeister Balzer ist schnell wieder eingeschlafen.

Einzig DIE LINKE blieb mit der Mieterinitiative in Kontakt und bemühte sich um Aufklärung, wie die GSW dazu gebracht werden kann, sich um ihre Mieter zu kümmern statt um die Dividende ihrer privaten Eigentümer. Uwe Doering, wohnungspolitischer Sprecher der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus, besuchte mehrfach die Rollberge-Siedlung, brachte das Thema auch ins Abgeordnetenhaus ein.

Vor den Berliner Wahlen im September 2011 informierten Frau Wollenberger und Herr Dangel in einem Offenen Brief über den Umgang der GSW mit den Mieterinnen und Mietern der Rollberge-Siedlung und über nicht eingehaltene Zusagen der politischen Verantwortlichen des Bezirkes.

Eine klare Antwort kam nur von der LINKEN. Der damalige Bezirksvorsitzende Yusuf Dogan unterstützte in seiner Antwort die Meinung der Mieter, „dass der Senat die GSW nicht aus den beim Verkauf im Jahre 2004 eingegangenen Verpflichtungen entlassen darf. Leider hat die zuständige SPD-Stadtentwicklungssenatorin diese Frage trotz entsprechender Initiativen der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus ... vernachlässigt. Die Reinickendorfer LINKE wird deshalb die Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus bitten, sich gleich nach der Wahl dieser berechtigten Forderung anzunehmen.“

DIE LINKE löst Versprechen ein

Das ist nun geschehen. Katrin Lompscher, wohnungspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus, stellte drei Kleine Anfragen zur GSW an den Senat. Über die Antworten der Senatsverwaltung



und über mögliche weitere Schritte wurden interessierte Mieter beim Arbeitskreis Kommunales der Reinickendorfer LINKEN am 1. Februar 2012 informiert. Dort heißt es: „Nach aktueller Auskunft der GSW Immobilien AG (GSW) wurden seit der Privatisierung in die Bestände der GSW über 400 Mio. Euro investiert.“

Feigenblatt Mieterbeirat?

Die Mieter der Rollberge-Siedlung fragen sich, wohin diese 400 Mio. Euro geflossen sind. Ob der von der GSW inzwischen installierte gewählte Mieterbeirat für die Rollberge-Siedlung helfen kann, ist fraglich. Er hat kaum Rechte gegenüber der Geschäftsleitung und nur eingeschränkte Arbeitsmöglichkeiten. Für Wolfgang Dangel ist der Mieterbeirat ein Feigenblatt, für das er sich nicht hergeben wollte.

DIE LINKE wird weiter dranhängen.

Lutz Dühr



Viel Arbeit für Arbeitsgemeinschaft der LINKEN

Nach den Wahlen vom letzten Herbst hat sich die LAG Städtebau und Wohnungspolitik in der Berliner LINKEN neu formiert. Schon in den letzten Jahren gelang es der LAG, die Wohnungspolitik zu einem politischen Schwerpunkt der Berliner LINKEN zu machen. Dass wir mit dem Thema im Wahlkampf trotzdem nicht punkten konnten, lag zum einem am schon damals ungeliebten und schon bald als Fehler erkannten Verkauf der GSW an private Investoren durch Rot-Rot im Jahre 2004, zum andern aber an der Blockadehaltung der Senatspolitik von Frau Junge-Reyer (SPD), welche DIE LINKE nicht durchbrechen konnte, aber dafür in Mithaftung genommen wurde.

Taktischer Schwenk der SPD?

Um so überraschender ist der wohnungspolitische Teil der Koalitionsvereinbarung von SPD und CDU. Darin finden sich nämlich viele Vorstellungen der LINKEN, die mit Frau Junge-Reyer (SPD) unter Rot-Rot nicht umzusetzen waren. So die angestrebte Begrenzung der allgemeinen Miet-

erhöhungen und die Absenkung der Modernisierungsumlagen. Beides treibt die Mieten in die Höhe, ist aber Bundesrecht und erfordert daher Bundesratsinitiativen. Senator Michael Müller (SPD) muss sich nun daran messen lassen.

Lange To-Do-Liste steht an...

Weitere Schwerpunkte der Berliner Wohnungspolitik der nächsten Jahre, für die Lösungen gefunden werden müssen, sind:

- Zweckentfremdung von Wohnraum als Ferienwohnungen beenden,
- transparente Gestaltung des Mietpreises,
- Kündigungssperrfristen für von Umwandlung in Eigentumswohnungen betroffene Mieter,
- Wohnungsneubau (v. a. von preiswertem Wohnraum),
- energetische Sanierung (ohne Mietexplosion),
- Kosten der Unterkunft (für Hartz-IV-Betroffene) an die tatsächlichen Gegebenheiten anpassen,
- wirksame Hilfe für Mieter von aus der Anschlussförderung gefallenen

Sozialwohnungen (Kostenmiete bedeutet eine Vervielfachung der bisherigen Miete)

- Maßnahmen gegen Segregation.

Die LAG arbeitet an Lösungsvorschlägen, ob der SPD-CDU-Senat dies auch tut, wird sich zeigen.

... und in Reinickendorf?

Viele davon sind auch Reinickendorfer Probleme. DIE LINKE Reinickendorf ist in ihren Wahlaussagen für die BVV u. a. darauf eingegangen. Auch wenn wir nicht in der BVV vertreten sind, sind die Wahlaussagen Richtschnur unseres Handelns.

Deshalb bleiben wir nicht nur bezüglich der Probleme der Rollberge-Siedlung aktiv. Wir beobachten auch die Sanierung des Märkischen Viertels, schauen kritisch auf die Mietentwicklung im Bereich der heutigen Einflugschneise von Tegel und mehr.

Das reicht von der Beratung bis zu ganz praktischer Hilfe bei Problemen mit dem Vermieter.

Lutz Dühr,

Mitglied der LAG Städtebau und Wohnungspolitik

Außen hui...

www.linksfraktion-berlin.de/nc/fraktion/anfragen/
(Drucksachen
17 / 10 035,
17 / 10 036,
17 / 10 037)

...innen pfui!

Fotos:
Lutz Dühr
(von 2010)

Die mieten- und wohnungspolitische Offensive der LINKEN:

www.die-linke.de/fileadmin/download/partei Vorstand/2010/120122_beschluss_mieten_wohnungspolitik_anlage.pdf

Dank und Lob - dann JobCenter

Aus für Reinickendorfer Kiez- und Integrationslotsen

Nach drei Jahren guter und erfolgreicher Arbeit in ihrem Kiez müssen sich die Reinickendorfer Nachbarschafts-lotsinnen und -lotsen wieder beim JobCenter erwerbslos melden.

Hilfen für die AnwohnerInnen

Seit drei Jahren existiert die Gesobau-Nachbarschaftsetage in Reinickendorf. Hier begann die Arbeit der Nachbarschafts-lotsen, hier wurden sie am 27. Januar verabschiedet. „Ich hoffe, dass ich nicht allzu viele dieser Abschiedveranstaltungen erleben muss“, sagte Richard Palm von

Albatros, dem Träger des Projektes N a c h b a r - s c h a f t s l o t s e n .

Diese bauten den Kontakt zu Anwohnern im Kiez auf, begleiteten sie zu Ärzten und auf die Ämter

und kooperierten mit Schulen. Auch das Bezirksamt Reinickendorf suchte mehr und mehr die Zusammenarbeit mit den Lotsinnen und Lotsen. Denn sie waren es, die auch den Behörden, Schulen, Ärztinnen und Ärzten oftmals überhaupt erst den Zugang zu vielen BewohnerInnen im Kiez eröffnen konnten, die kulturelle Hürden und nicht nur Sprachbarrieren überwinden. Davon berichtete auch ein Schulleiter, der oft beobachtete hatte, wie die Arbeit der Nachbarschafts-lotsen Eltern aktivierte und damit auch die Schulerfolge ihrer Kinder stiegen.

Gute und anerkannte Arbeit

Die Reinickendorfer Lotsinnen und Lotsen waren alle im Öffentlichen Beschäftigungssektor (ÖBS) beschäftigt. Alle wissen, wie gut sie gearbeitet haben und wie diese Arbeit sie selbst verändert hat.

Auch der Reinickendorfer Stadtrat Andreas Höhne (SPD) bedankte sich für die geleistete Arbeit und unterstrich die Wichtigkeit der Lotsinnen und Lotsen für den Bezirk. Er bedauerte, dass die ÖBS-Stellen auslaufen und hofft weiter auf eine Zukunft dieser Arbeit. Die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus Elke Breitenbach und der partizipationspolitische Sprecher Hakan Tas bedankten sich bei den LotsInnen.

Schaden für Stadtgesellschaft

Elke Breitenbach erinnerte daran, dass niemand an solche großen Erfolge der Arbeit gedacht hätte. Vor diesem Hintergrund zeigt sich, wie groß der Schaden sein wird, den der neue Senat mit der Abschaffung des ÖBS für diese Stadtgesellschaft anrichtet. Schon vergessen sind all die großen Worte, als SPD und CDU ihren Koalitionsvertrag schlossen und beteuerten, so wichtige Projekte wie die Stadtteilmütter und die Integrationslotsen auf jeden Fall weiter zu führen. Dass die IntegrationslotsInnen nicht in Bürgerarbeit gehen können und dass sie dort nicht, wie bisher, existenzsichernd bezahlt werden würden, wird immer verschwiegen.

Abschied mit Dank und Blumen

Die LotsInnen erhielten all die Jahre viel Zuspruch von den BewohnerInnen des Kiezes. Zum Abschied bekamen sie viel Dank und Anerkennung von ihren Kooperationspartnern und von den anwesenden Politikerinnen und Politikern. Es gab Dankeschreiben, Urkunden, Blumen und Geschenke und es kam spürbar alles von Herzen. Eine schöne Abschiedsfeier für die KiezlotsInnen. Es wurde gelacht - und geweint...

Elke Breitenbach

Am Rande

„Kritische“ Toleranz

Nu iss man ja so als Linka in Reinickendorf imma schnell mitte Kritik bei da Hand. Logisch, jilt doch der Bezirk schon fast traditionell als konservativ. Aba manchmal jibt doch Überasschungen. So bescheinicht eene Studie zur Toleranz der Berlina jejenüba Ausländern den Reinickendorfern überdurchschnittlich große Sympathien besonders zu Türken und Arabern. Ick bin ehrlich, hat ma doch überascht. Sojar 83 Prozent empfinden Migranten jrundsätzlich als kulturelle Bereicherung – aba mit eha kritische Einstellung zu Muslimen...

Na ja, det Thema Kommunalwahlrecht jeht natüalich den meisten ooch zu weit, da sind's denn nua noch 36 Prozent, die da mitziehn würdn. Soviel wie ooch die, die glooben, dat de Ausländer an de hohe Kriminalitätsrate schuld sind...

Det Integrationsproblem iss denn ooch zwiespältig zu betrachtn. Mehr als de Hälfte sind dafüa, Einwandrerkinder „notfalls“ zum deutschen Spracherwerb zu zwingen, und jeda Vierte iss für Kürzung der Sozialleistungen, jeda Fünfte für Ausweisung, wenn det nich klappt. Aber: der Staat und de Politik solln det aba nich machen, deutlich mehr als de Hälfte wolln det nich. Klingt komisch, wa?

Jibt's da nen Zusammenhang mit dem Brandbrief vonne Lehrer der Hermann-Schulz-Grundschule, die u. a. die mangelnden Deutschkenntnisse viela Zuwandrerkinda beklagn? Die keen vanünftjen Unterricht mehr machen könn'? Die nich jenuch Mittel zur Vafüjung habn? Die sich vonne Politik alleene jelassn fühl'n?

Man musset doch vamuten... Bildung für alle, „kein Kind zurücklassen“ - da sind wa denn wohl noch weit entfernt von, oda?

Reineke Fuchs

Termine

Am Mittwoch, **22. Februar, 19 Uhr**, „**Wirtschaftsdemokratie**“, Veranstaltung der Bezirksverbände Charlottenburg-Wilmersdorf, Spandau, Steglitz-Zehlendorf und Reinickendorf im **BVV-Saal des Rathauses Wilmerdorf**.

Gast: **Detlef Hensche (LINKE)**, ehem. Vorsitzender der IG Medien.

Am Montag, **5. März, 19.30 Uhr**, **Humboldtbibliothek**, **Ausstellungseröffnung** und Vernissage: „**Spreeperlen**“. Berlin - Stadt der Frauen, bis 31. März 2012

Foto:
Linksfraktion
im Abgeordnetenhaus



Mehr zur Arbeit der Kiez-lotsInnen unter:
www.elke-breitenbach.de

Elke Breitenbach ist Sprecherin für Arbeit, Soziales, Inklusion sowie Senioren der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus

Impressum
Herausgeber:
Landesvorstand
Berlin der Partei
DIE LINKE,
V.i.S.d.P.:
Yusuf Dogan

Wir in Reinickendorf
wird vom
Bezirksverband
finanziert.

Spenden
sind ausdrücklich
erwünscht:
DIE LINKE,
Reinickendorf,
Berliner Bank,
BLZ: 100 708 48,
Kontonummer:
525 6078 00.

Hier finden Sie uns:



Roter Laden

Schloßstraße 22
13507 Berlin-Tegel

Öffnungszeiten:
Mo - Do 14.00 bis 18.00 Uhr
Di u. Do 11.00 bis 13.00Uhr

Tel.: 4373 2630
Fax: 4373 2632

e-mail:
redaktion@die-linke-reinickendorf.de